Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. - Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich einschließlich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. - Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. - Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. - Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 31 — Halle, 4. August 1928 — 4. Jahrgang

Sabotage der Abrüstung

Das grundlegende Problem der internationalen Poli- wird immer die Abrüstung bleiben, bis die Vermin- rung der Heere und Flotten zur Tatsache geworden ist. e Verträge und Kriegsächtungspakte haben so lange nen Wert, als sich die Völker waffenstarrend gegenüber gen und der Militarismus als Bedrohung des Friedens ht beseitigt worden ist. Deshalb haben wir auch die ollog'schen Anregungen, von so idealem Schwung sie ge- gen waren, nicht überschätzen können. Ganz abgesehen n den Ausnahmen, die England in den Vertrag hineinge- mmgelt hat, wird er keine Erfolge aufzuweisen haben und perte bleiben, solange die gewaltige Entwicklung der genie und der Technik nicht ausschließlich den friedlichen ettbewerb der Nationen nutzbar gemacht worden ist. Wer e geschichtlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte ver- ligt, weiß, daß die Tatsache der Heere und Flotten allein on eine Quelle dauernder Beunruhigung sein muß. Die renzzwischenfälle, die fast immer auf Rechnung der be- ffneten Macht kommen, haben oft genug bis hart an die renze des Krieges geführt. Daran wird sich nichts ändern, ang gleich ob man noch mehr Protokolle unterzeichnet oder cht. Die wichtigste Aufgabe bleibt daher, die Abrüstung Angriff zu nehmen. Es handelt sich dabei nicht um ne moralische Geste oder um den guten Willen der Staats- nner, sondern um eine bindende Verpflichtung, die sie ch dem Versailler Vertrage eingegangen sind. Die deutsche brüstung wurde mehr als gewissenhaft überwacht, und der hef der interalliierten Militär-Kontrollkommission sandte ort Drohnoten an die Reichsregierung, wenn er durch eine ndertrompete aus dem Schlaf gestört wurde. Das war n gutes Recht, vorausgesetzt, daß auch die Entente ihre rpflichtungen mit der gleichen Gewissenhaftigkeit erfüllen rde. Davon jedoch ist nicht die Rede. Die Ankündigung hamberlains über ein Einvernehmen mit Paris über die brüstung mußte zunächst als ein Fortschritt angesehen erden, stellt sich aber als genau das Gegenteil heraus.

Das englisch-französische Einvernehmen

Mit jener Geschicklichkeit, die sich im parlamentarischen eben Englands sehr leicht erlernen ließ, ist es doch für alle tionen die hohe Schule konstitutioneller Betätigung ge- orden, hat der britische Außenminister eine für ihn sehr merkwürdige Erörterung seiner Außenpolitik abgebogen. r hat, als die Debatte sich allzu eingehend mit seinem rhalten beim Kelloggpakt und den Vorgängen in Aegyp- n beschäftigte, mit einer Sensation das Steuer herumge- rissen. Zwischen Frankreich und England ist ein Abkommen zielt worden, das eine gemeinsame Stellung zum Ab- rüstungsproblem bedeutet. Man hat eine Einheitsfront er- richtet. Nicht sofort wurde die Frage gestellt, denn die Er- klärungen Chamberlains waren recht verschwommen und aben keinen Anhalt, gegen wen sie sich richtet. Auch das ranzösische amtliche Communiqué ist so dürftig wie irgend öglich. Man beruft sich auf die internationale Höflich- eit, um überhaupt nichts über den Inhalt zu sagen. Aus em Matin wissen wir aber einigermaßen worum es geht. Klar und deutlich stellt sich heraus, daß man im Grunde ge- ommen eine Front gegen die Vereinigten Staaten zur See und in Wirklichkeit gegen Deutschland zu Lande herbei- geführt hat.

Die Blanko-Vollmacht

Nach den Auslassungen des Pariser Blattes, die nicht kementiert worden sind und daher zutreffen dürften, hat das Foreign Office den Franzosen freie Hand in der Frage der Landabrüstung gegeben. Es wird also die These Paul-Boncours in Genf unterstützt. Diese These läuft darauf hinaus, daß eine Verminderung nur für die stehenden Heere erfolgen soll, nicht aber für die Reserven. Es kommt dann lediglich darauf an, wie ein Land seine Menschenkräfte auszunutzen versteht, in welcher Zeit es Rekruten auszu- bilden weiß und welche technischen Hilfsmittel es ver- fügt. Zahlenmäßig nimmt das aktive Heer nur eine unter- geordnete Stellung ein. Im Kriegsfalle ist es der Kern, während die Reserven die eigentliche Armee bilden. Zeigt sich schon hier die Sabotage, so wird die Absicht noch viel unverhüllter, wenn man etwa an Deutschland denkt. Nähme man einmal an, es würde ein einmütiger Beschluß ge- faßt, die stehenden Heere auf die uns zugebilligte Höchst- stärke von 100 000 Mann herabzudrücken, wobei noch nicht einmal berücksichtigt werden soll, daß das verhältnismäßig für Frankreich mit seinen vierzig Millionen Einwohnern günstiger ist als für Deutschland mit seinen zweiundsechzig, so wäre für den Ernstfall die Tatsache entscheidend, daß Frankreich und ebenso seine Bundesgenossen jeden Jahrgang zu den Waffen rufen können, während bei uns keine Re- serven bestehen. Wenigstens nicht für die letzten zehn Jahre. Die geringe Zahl von entlassenen Reichswehrsoldaten kommt nicht in Betracht. Sie würde mit ihren höchstens fünfzig- tausend Mann gegenüber den Millionen jenseits der Wes- grenze keine Rolle spielen. Und gerade das ist es, was man in Frankreich erstrebt hat. Man will das Uebergewicht für alle Zeiten waren, während man gleichzeitig dauernd von seiner Friedensliebe spricht.

Zur See

Dieses erhebliche und für die Weltlage bedenkliche Zugeständnis haben die Engländer natürlich nicht umsonst gemacht. Was sie dafür eintauschten, ist genau dasselbe für die Flotte. Man muß sich erinnern, worum auf der letzten, von Washington einberufenen Konferenz der Streit ausbrach. Die Amerikaner verlangten, daß die Gesamttonnage der einzelnen Nationen festgesetzt würde, wobei es ihnen überlassen bleiben sollte, auf welche Klassen sie diese Tonnage verteilen wollten. Die Briten bekämpften diesen Vorschlag und forderten, daß jede einzelne Klasse genau in ihrer Größe festgelegt würde. Scheinbar sind sie also die wahren Freunde der Abrüstung. In Wirklichkeit haben sie nur ihr Interesse dabei verfolgt. Sie sind als Macht, deren Gebiete sich auf die ganze Erde verteilen und die überall in der Welt Interessen zu vertreten haben, auf Schlachtschiffe und große Käufe angewiesen, deren Verdrängung schwer ins Gewicht fällt. Staaten, für die das nicht gilt, die sich vielmehr darauf beschränken müssen, nur ihre Küsten zu verteidigen, können die Groß-Schlachtschiffe entbehren und werden Untersee-Boote, Torpedos, Zerstörer und ähnliche Einheiten vorziehen. Ein modernes Groß-Kampfschiff hat ungefähr 30 000 Tonnen Wasserverdrängung, jene kleinen Fahrzeuge zwischen 300 und 1500. Käme der amerikanische Vorschlag durch, so könnte ein kleiner Staat von 90 000 Tonnen, die ihm zugestanden werden, einen ausreichenden Schutz schaffen. Es baut dann eben Unterseeboote und Torpedos, während für Albion die gleiche Zahl nur 3 Panzerkreuzer bedeutet. Frankreich, dessen Interesse eigentlich auf der Gegenseite steht, hat sich nun dem britischen Standpunkt angeschlossen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Amerikaner nachgeben werden. Vermutlich ist die Abrüstung damit überhaupt erledigt, auch wenn es in dem Pariser Communiqué heißt, man hoffe, daß die übrigen Nationen das Abkommen billigen würden. Für Deutschland wird früher oder später nichts übrig bleiben, als sich auf den Rechtsstandpunkt zurückzuziehen und auf Grund der Präambel zu Teil 5 des Versailler Vertrages die Abrüstung aller Staaten zu verlangen und nicht vor der Alternative zurückzuschrecken, bei Ablehnung den Versailler Vertrag für gebrochen zu erklären.

Lloyd Georges Kritik

In der erwähnten Aussprache des englischen Unterhauses hat Lloyd George nicht nur Kritik an dem Verhalten Chamberlains gegenüber dem Kelloggpakt und der Ueberseepolitik geübt, sondern sich auch mit der Rheinlandräumung beschäftigt. Dabei kam er zu der Feststellung, daß keinerlei Berechtigung bestehe, die Truppen weiter auf deutschem Gebiet zu belassen. Man habe in Versailles gar nicht im Ernst daran gedacht, daß sich die Besatzung über zehn Jahre erstrecken würde. Deshalb habe man ja ausdrücklich betont, daß eine Räumung eintreten müsse, wenn Deutschland den guten Willen zur Vertragserfüllung zeige. Das aber sei geschehen, wie niemand bestreiten könne. Lloyd George hat schon einmal gesagt, England und Amerika hätten nur widerwillig der französischen Forderung nach Rheinlandbesetzung nachgegeben, aber unter der Bedingung, daß Artikel 431 in loyaler und großzügiger Weise von Frankreich durchgeführt werde. Diese Feststellung ist umso wichtiger, als der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid kürzlich in der Welt am Montag behauptete, Deutschland lege den Artikel 431 falsch aus. Er habe nicht den Sinn, den wir hineinlegen. Formal sei Frankreich also im Recht. Nur müsse es aus moralischen Gründen den Rhein räumen. Ist es schon an sich nicht gerade erwünscht, wenn ein übertriebenes Rechtsgefühl dem Gegner zu Hilfe kommt und ihn auf die Moral verweist, so war es in diesem Falle umso bedenklicher, als Breitscheid nicht einmal sachlich das Richtige getroffen hat. Mit solchen Artiklen erschwert er Briand nur seine Aufgabe. Es ist für den Leiter des Quai d'Orsay leichter, vor seiner Oeffentlichkeit die Räumung zu rechtfertigen, wenn ein Vertragstext ihn dazu zwingt, als wenn er sich auf allgemeine Gesichtspunkte berufen muß.

Die pfälzischen Zwischenfälle

Die Verurteilung von drei Deutschen durch das französische Kriegsgericht in Zweibrücken zu fünf Jahren Zuchthaus war eine barbarische Strafe für den Dummenjungenstreich, den sie mit der Herabreißung der Trikolore vom Offizierskasino begangen haben. Nach kurzem wurde auch das Auslieferungsbegehren an Deutschland gerichtet. Es stützt sich auf die Artikel 3 und 4 des Rheinlandabkommens, das von uns unterzeichnet worden ist, und daher gehalten werden muß. Rechtlich war dagegen überhaupt nichts zu machen. Trotzdem setzte ein Entrüstungssturm in der deutschnationalen Presse ein. Namentlich die Blätter des Herrn Hugenberg überboten sich an Beschimpfungen einer Regierung, deren Chef Sozialdemokrat ist. Schmach und Schande waren die mildesten Ausdrücke. Kein Wort wurde darüber geäußert, daß jedes Kabinett bei uns den gleichen französischen Forderungen gegenüber gestanden und denselben Standpunkt eingenommen hat. Dabei hat die letzte Regierung mit vier deutschnationalen Ministern in vier Fällen, also für jeden einen die Auslieferung verfügt. Aber wozu dem geneigten Leser die Wahrheit sagen? Inzwischen ist es dem Reichskommissar Langwerth von Simmern und dem Botschafter von Hoesch gelungen, die Pariser Staatsmänner von der Unhaltbarkeit der Zustände zu überzeugen. Man wird auf die Auslieferung der Uebeltäter keinen Wert legen. Damit ist der Zwischenfall als solcher abgetan, das Uebel selbst aber nicht beseitigt. Es wird sich immer wieder der gleiche Vorfall abspielen, bis die Rheinlandbesatzung an sich verschwunden ist. Fast die ganze deutsche Oeffentlichkeit hat einmütig in diesem Sinne Stellung genommen. Nur die Deutschnationalen haben den Dolchstoß in den Rücken geführt. Es klingt so schön, wenn sie immer von nationaler Gesinnung reden. Was sie darunter verstehen, ist für jeden anderen unerträglich, weil es das Vaterland schädigt.

Der Kampf um Hugenberg

In der deutschnationalen Partei ist Hugenberg Sieger geblieben. Wenigstens vorläufig. Seine Macht ist erheblich. In Potsdam II wurde der Ausschluß von Lambach verfügt. Ueber die eigentlichen Beweggründe dieses Vorgehens haben wir uns bereits ausgesprochen, es handet sich nicht um die Frage Monarchie und Republik, sondern um die Sozialpolitik und die Stellung der Lohnempfänger zu den schwerindustriellen Arbeitgebern. Nur holen die Angestellten zum Gegenstoß aus. Sie stellen in Westfalen Nord den Antrag, ihren Abgeordneten Hugenberg wegen parteischädigenden Verhaltens auszuschließen. Ganz gleich wie das Ergebnis werden wird, die Krise geht weiter. Was dort geschieht, trifft auch die anderen Parteien. Von Zentrum und Deutschen Volkspartei haben wir es schon festgestellt. Jetzt hat die Beseitigung des bayerischen Sozialministeriums auch in der Bayerischen Volkspartei zu einer Kampfansage der Arbeitnehmer gegen die Parteileitung geführt. Wahrscheinlich werden wir im Herbst eine Umbildung in allen Lagern erleben. Die Politik wird heute nicht mehr nach den alten Gesichtspunkten geführt, kann es nicht mehr. Nur die Parteien wollen nicht begreifen, daß neue Probleme eine neue Behandlung erheischen.

Richard May.

Das Ausführungsgesetz zum Artikel 48

Neue Vorbereitungen im Reichsinnenministerium.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, wünscht man im Reichsministerium des Innern die Arbeiten für ein Gesetz zur Ausführung des Artikels 48 der Reichsverfassung mit Nachdruck zu verfolgen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist dabei die Frage, wie die Kosten zwischen Reich und Ländern verteilt werden sollen, die bei Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 entstehen. Der Reichspräsident kann nach Artikel 48 von sich aus den Ausnahmezustand verhängen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird. Nach Abmachungen, die früher zwischen dem Reich und Preußen getroffen worden sind, trägt in einem solchen Fall das Reich im wesentlichen die entstehenden Kosten. Bei Vereinbarungen des Reiches mit anderen Ländern, die im Verlauf der Vorbereitung des Ausführungsgesetzes getroffen werden sollen, müßten dieselben Bestimmungen getroffen werden. Unklarheit besteht dagegen heute noch für den Fall, daß der Ausnahmezustand auf Antrag eines Landes vom Reichspräsidenten verhängt wird, oder wenn die Landesregierung Ausnahmerecht schafft, das dann vom Reichspräsidenten bestätigt wird. Das Reich hat bisher den Standpunkt vertreten, daß in diesen Fällen die Länder für die entstehenden Kosten aufzukommen hätten, während mit Sicherheit gesagt werden kann, daß die Länder in kommenden Verhandlungen dieser Auffassung des Reichs entgegentreten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280804-13/fragment/page=0001

Ein Reich und ein Volk!

Schwarz-Rot-Gold und Rot-Weiß-Rot

Brudergeist in Wien

Wien ist für alle Zeiten für die Deutschen eine Zauberstadt gewesen. Sein Name hat vollen Klang. Die ganze deutsche Herzlichkeit, die ganze deutsche Fröhlichkeit die ganze deutsche Sehnsucht nach Romantik — daß alles liegt in diesem Zauberwort miteinander verbunden, das gibt ihm seinen Reiz. So war es früher und so ist es heute. Das ist nichts Gemachtes, das ist ein Stück des deutschen Gemüts. Und wenn dieses Wien mit seinem fröhlichen Volk eingeladen hat zum deutschen Sangesfest, nun dann muß das eben Stimmungen auslösen, die in brüderlicher Herzlichkeit ihren Ausdruck finden.

Aber niemand hat damit gerechnet, daß dieses deutsche Sängerfest zu einer großen Kundgebung sich gestalten würde, in der das ganze Heimweh nach dem großen deutschen geeinten Reich einen frohen und doch ernsten Jubel auslöste. Jubel darüber, daß man endlich einmal so nah beieinander war. Zu Hunderttausenden beieinander, als ob zwischen dem Reich und zwischen dem Oesterreich keine Schlagbäume mehr stehen, an denen Pässe revidiert werden, an denen Zollbeamte das Gepäck kontrollieren müssen. Wenn irgend etwas, dann ist es diese Grenze, die künstlich aufgerichtet worden ist. Noch niemals bei irgendwelchen internationalen Begebenheiten ist die Bruderschaft zweier Völker zum Durchbruch gekommen. Man kann Freundschaft schließen, wenn die Gastfreundschaft über alle Schranken der Nationen hinweg herzlich gewesen ist. Aber sich als Bruder fühlen, das können nur Männer und Frauen, die eines Geistes, eines Sinnes, einer Sprache, einer Kultur entstammen, in denen eine Volksseele lebt. Man wird es verstehen, daß man jenseits der deutschen Gaue diese Dinge nicht nacherleben kann. Aber das deutsche Volk an der Donau, am Rhein, an der Weichsel, an der Elbe und an der Oder — dies deutsche Volk muß es sich verbitten, daß man solche Gefühlsausbrüche, die nur der Ausdruck einer Qual über die künstlich aufgezwungene Trennung sind, als etwas Unechtes, als etwas Gemachtes, als etwas gewollt Politisches herabzerrt.

Die Hunderttausende, die in der Schubertstadt Wien im deutschen Lied sich gefunden haben, und die Hände ineinanderlegten und einen Schlag der Herzen miteinander spürten, diese Hunderttausende, diese Millionen, haben dort in der Fröhlichkeit der Festesstimmung nicht politisches kundtun wollen. Sie sind nicht zusammengekommen, um einen Vereinsbeschluß zu fassen, sie sind zusammengekommen, um endlich einmal beieinander zu sein. Sie haben allerdings in dieser Art, wie sie sich fanden, gesprochen für den Anschluß und für die Einheit. Sie haben kundgetan, daß sie ein Volk sein wollen in einem Reiche.

Wenn der deutsche Reichstagspräsident Löbe unter der Wucht dieses Eindruckes das politische Fazit der Wiener Sangestage gezogen hat. Wenn er feststellte, daß wir ein Volk sind und eine Nation sein wollen und einmal auch ein Staat sein werden, so ist das nichts weiter als das Bekenntnis der zwei Millionen Wiener an die Hunderttausend Deutschen und umgekehrt. In der Tat kann man auf die Dauer einem 70-Millionen-Volk das Recht auf Selbstbestimmung nicht verwehren, das jedes andere Volk heute ausüben darf. In der Tat vernichten die Herren Benesch aus Prag und Marinkowitsch aus Belgrad die Magna Carta ihrer eigenen nationalen Entstehung, ihrer eigenen Freiheit, ihres eigenen Lebensrechtes, wenn sie dem deutschen Volke dieses freie Selbstbestimmungsrecht verweigern wollen, wenn sie es für Zeit und Ewigkeit in zwei Teile zerreißen wollen. Niemals freilich werden sie hindern können, daß über diese widersinnigen Grenzen hinweg der stille Anschluß sich täglich aufs Neue vollzieht. Und wenn gewisse Kreise in Paris das Wiener Fest, das ihnen mißfällt, dazu benutzen, um die alten Hetzphantasien wieder in die Hirne zu hämmern, dann wird man auch darüber zur Tagesordnung übergehen können, auch hier hat Löbe das richtige Wort gefunden: wir sind nie entmutigt gewesen, wir brauchen daher für die Anschlußbewegung nicht neuen Mut zu schöpfen.

Der Festzug der Sänger war ein Triumphzug der beiden Brudervölker. Schwarz-Rot-Gold und Rot-Weiß-Rot, das waren die beiden Symbole, unter denen man Stunden und Stunden durch die Straßen zog. Von zehn Uhr vormittags bis 7 Uhr abends ununterbrochen ein einziger Zug. Sänger aus Oesterreich, aus Deutschland, aus der Schweiz, aus Ungarn, aus Rumänien, aus Jugoslawien, aus Böhmen, aus Amerika, aus Südafrika, deutsche Sänger unter den Farben der deutschen Einheit. Daß es da nur einen Jubel gab, nur eine Sonnenfreude, wen mag das wundern? Und doch, einmal verstummte der Sang. Einmal, als vor den Sängern aus Südtirol, symbolisch getrennt, von den übrigen, ein Mann schritt, ein einziger Bannerträger, mit dem Adler Südtirols, mit dem Symbol des Andreas Hofer-Adlers. Getrennt von den übrigen und doch zwischen ihnen. Hier ist auch eine Pflicht Brücken zu schlagen ... eine nationale Pflicht, nicht eine nationalistische. Aber davon ist es besser zu schweigen.

Unter dem Protektorat von Hainisch und Hindenburg hat dies 10. deutsche Sängerfest gestanden. Und der Bundespräsident der Republik Oesterreich hat das rechte Wort gesprochen, wenn er feststellte, daß das deutsche Volk eine Einheit bildet, die nicht zerrissen werden kann. So ist auch die Situation. Alles darüber hinaus ist Neid und Hetze. Denn man hat in Wien nicht mehr gewollt und auch nicht mehr getan als dies zum Ausdruck gebracht, daß man ein Volk ist und damit auch ein Reich, das nicht zerrissen werden kann. Was später einmal sich äußerlich vollzieht und wann es sich vollzieht, das braucht weder die Deutschen in Deutschland noch die Deutschen in Oesterreich zu bekümmern. Es gibt Notwendigkeiten, politisch und wirtschaftlich gesehen, die so stark, so zwingend sind, daß sie sich zur rechten Zeit von selbst erfüllen. In Wien lebte dieser Tage ein Brudergeist, aus dem nur Gutes und Starkes und Lebenskräftiges geboren werden kann. Niemand braucht darum bange zu sein.

*

Die deutschen Parlamentarier in Wien

Nur Löbe und Rönneburg.

Aus Wien wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst" geschrieben:

So stark auch der Eindruck des Deutschen Sängerfestes in Wien haften geblieben ist, eins hat man in der Donaustadt mit Verwunderung, wenn nicht mit Befremden festgestellt: Die geringe Beteiligung reichsdeutscher Parlamentarier an diesem nationalen Ereignis im besten Sinne des Wortes. Neben dem Reichstagspräsidenten Löbe wurde hier nur der demokratische Reichstagsabgeordnete Landrat Rönneburg festgestellt, so daß also die Rechtsparteien vollständig fehlten. Man fragt sich in Wien, ob die Rechtsparteien nur teilnehmen, wenn nationalistische Organisationen mit militärischem Gepränge aufziehen und ob sie für die Bedeutung einer überparteilich nationalen Kundgebung, wie sie in Wien statt fand, keinen Sinn haben. Es muß gesagt werden, daß die Reichsdeutschen in Wien bei dieser Gelegenheit ein großdeutsches Bekenntnis auch der deutschen Rechtsparteien erwarteten, denn es kommt darauf an, daß die Volksbewegung politische Kraft erhält.

Die neue Fraktion

Die ersten demokratischen Arbeiten im Reichstag.

Die neue demokratische Reichstagsfraktion hat die kurze Zeit von Eröffnung des Reichstages bis zum Beginn der Sommerferien zu einer außerordentlich nachhaltigen Tätigkeit benutzt und die von ihr für richtig gehaltene Politik auf allen Gebieten durch eine größere Anzahl von Anträgen, Interpellationen und gesetzgeberische Entwürfe im Reichstag betrieben.

Staatspolitisch ist der Antrag auf Vorlegung eines neuen Reichswahlgesetzes bedeutungsvoll, das ein engeres Verhältnis zwischen der Wählerschaft und den Abgeordneten herstellen soll. Des weiteren ist hier ein Initiativgesetz zu erwähnen, nach dem eine neue Sammlung des Reichsrechts durchgeführt werden soll. Im ganzen Reiche einheitliche und gut gegliederte Selbstverwaltungskörper zu erzielen, erstrebt der Antrag auf eine Reichsstädteordnung und eine Reichslandgemeindeordnung. Die Buntscheckigkeit der deutschen Staatsangehörigkeit soll durch ein deutsches Reichsangehörigkeitsgesetz beseitigt werden.

Soziale Probleme verfolgt ein Antrag auf größte Beschleunigung in der Durchführung des Kriegsschädenschlußgesetzes und in der Anwendung von Hilfsmaßnahmen für die westlichen und östlichen Grenzgebiete.

Die Arbeiterwochenkarten sollen künftig den versicherungspflichtigen Angestellten zugänglig gemacht werden. Ein Kleinrentnerversorgungsgesetz soll endlich die von den früheren Regierungsparteien solange verzögerte Lösung des Kleinrentnerproblems bringen. Die Pflichtversicherungsgrenze bei der Angestelltenversicherung soll auf 8400 RM festgesetzt werden.

Beamtenpolitisch hat die Fraktion erneut einen entscheidenden Schritt durch Einbringung eines deutschen Beamtengesetzes gebracht, das ganz im Rahmen der Vorschläge des Deutschen Beamtenbundes in 572 Paragraphen die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten regelt und Grundsätze für das Recht der Beamten aller übrigen öffentlich rechtlichen Körperschaften aufstellt.

Der Beseitigung der im Reichsbesoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 und in den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen verbliebenen Härten dient ein weiterer Antrag.

Das Familienrecht verlangt ein Gesetz betr. das Recht der unehelichen Mutter und ihres Kindes und einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Ehescheidungsrechts, was beides durch entsprechende Anträge erstrebt wird.

Landwirtschaftliche Siedlung ist besonders planmäßig bearbeitet worden. Im Einvernehmen mit den Ländern sollen landwirtschaftliche Siedler für mehrere Jahre steuerliche Freiheit genießen. Bei Durchführung von Siedlungsunternehmungen soll möglichst weitgehende Frachtvergünstigung gewährt werden. Die Preisspanne zwischen dem Ankaufspreis des Siedlungslandes und dem Abgabepreis soll möglichst verringert werden. Die Siedlungskredite in Preußen sollen keine ungünstigeren Bedingungen haben als die im Reiche. Nicht mehr existenzfähige landwirtschaftliche Großbetriebe sind vom Reiche für Zwecke der bäuerlichen Siedlung aufzukaufen. Bei Aufteilung solchen Siedlungslandes ist auch der Bedarf der anliegenden kleinbäuerlichen Betriebe an Siedlungsland zu berücksichtigen.

Die gesamte Wirtschaftspolitik wird darüber hinaus von einem Sonderausschuß der Partei programmatisch neu bearbeitet.

Krise auch in der Deutschen Volkspartei

Die durch den deutschnationalen Abgeordneten Lambach entfesselte Bewegung zieht immer weitere Kreise. Das ist nicht verwunderlich, denn es handelt sich ja hier nicht um eine vereinzelte Aktion eines Abgeordneten, dem einmal die Feder ausgerutscht ist, sondern um eine Krise, die sich schon seit längerer Zeit ankündigte. Es geht um die Stellung der christlichen Gewerkschaften, denen ja auch der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, die von Lambach geführte Organisation, angehört. Zwischen diesen Gewerkschaften und den politischen Parteien, in denen ihre parlamentarischen Vertreter sitzen, bestehen schon seit einiger Zeit Spannungen. Wie es heißt, wird jetzt an die Lambach-Krise bei den Deutschnationalen auch eine Auseinandersetzung innerhalb der Deutschen Volkspartei anknüpfen, in der die christlichen Gewerkschaften durch den Abgeordneten Thiel vertreten sind. Thiel soll beabsichtigen, seinem Kollegen Lambach seine warme Sympathie auszudrücken dabei gleichzeitig Kritik an der Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber den Arbeitnehmern üben. Und es soll dies im Rahmen einer Tagung des deutsch-volksparteilichen Angestelltenausschusses im Oktober stattfinden. Nimmt man hinzu, daß auch vom rechten Flügel der Deutschen Volkspartei Kritik an Dr. Stresemann geübt wird, so wird man sich auf interessante Auseinandersetzungen innerhalb der Deutschen Volkspartei gefaßt machen müssen.

Kameke geht auf Urlaub

Liquidation der Aera Keudell.

Wie verlautet, wird in der nächsten Zeit der Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsministerium des Innern, Ministerialdirektor von Kameke einen Urlaub antreten, von dem er auch nicht wieder in sein Amt zurückkehren wird. Im gemeinen war bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung besprochen worden, größere Personalveränderungen erst im Herbst vorzunehmen. Hier aber handelt es sich um einen Sonderfall. Herr von Keudell hatte seinen Freund und Parteifreund von Kameke in dies Amt gebracht, dem bewährten früheren Leiter der Verfassungsabteilung, Ministerialdirektor Brecht, der als aufrechter Republikaner bekannt war, in brüskier Weise den Stuhl vor die Tür setzt.

Wie es heißt, hat Herr von Kameke das Unhaltbare der jetzigen Situation selbst eingesehen. Er soll bereit gewesen sein, den Abschied zu nehmen. Damit war aber die deutschnationale Reichstagsfraktion nicht einverstanden, — man sollte es nicht für möglich halten — aus Kameke einen „Märtyrer" seiner Ueberzeugung machen will.

Im übrigen ist auch der Bruder des früheren Innenministers, Ministerialrat Otto von Keudell, der als politischer Manager im roten Hause am Platz der Republik tätig war, rechtzeitig auf Urlaub gegangen.

Aufforderung zum Tanz

Politischer Boykott in Pommern.

In einer größeren Stadt Vorpommerns wirkt ein höherer Beamter, der sich eifrig für den neuen Staat betätigt. Er ist Demokrat. Bei einer Gesellschaft wird seine Tochter zum Tanz aufgefordert und steht mit ihrem Partner angetreten. Da tritt ein Arzt zu diesem: „Du sollst du nicht mit der Tochter dieses Demokraten tanzen!" sagt er, so daß es die junge Dame hören muß! Die junge Tochter dieses selben Demokraten sollte eingesegnet werden. Es herrschte in dieser Stadt die Sitte, daß die Kinder immer paarweise vor den Altar treten, um den Segen des Geistlichen zu empfangen und eingesegnet zu werden. Was geschah? Sämtliche Kinder weigerten sich, mit der jungen Mädchen vor den Altar zu treten, weil der Vater Demokrat sei! Auf Eingreifen des Vaters bestimmte schließlich der Geistliche, daß eine der Mitschülerinnen mit dem Boykottierten zu gehen habe. So werden bereits die Kinder unter Druck gesetzt und den Frauen geht's nicht anders.

Wem verdankt Hölz die Freiheit?

Das große Theater, das die deutschen Kommunisten nach Moskauer Vorbild mit der Freilassung von Hölz veranstaltet haben, dient der Rechtspresse dazu, den deutschen Bürger ein wenig das Gruseln zu lehren. Durch eine sixen Taschenspielertrick wird es so dargestellt, als hätte die Reichsregierung in freventlichem Leichtsinn einen neuen Schinderhannes auf das wehrlose deutsche Bürgertum losgelassen. Die Gefährlichkeit des Hölz wird dabei maßlos übertrieben und die Festigung der deutschen staatlichen Verhältnisse, die eine Wiederkehr von Ereignissen, wie sie in den Jahren bis 1923 möglich waren, völlig ausschließen, gänzlich unberücksichtigt gelassen. Das Manöver der Rechtspresse ist aber umso unverfrorener, als sie die Tatsache gänzlich zu vertuschen bemüht ist, daß die Rechte selbst, insbesondere die Deutschnationalen, den stärksten Anteil an der Freilassung von Hölz hat. Hat man denn auf jener Seite ganz vergessen, daß schon im alten Reichstag Hergerüchte von den Deutschnationalen ein Geschäft auf Gegenseitigkeit mit den Kommunisten abgeschlossen hatte, wonach die Kommunisten für die Freilassung der Fememörder stimmen sollten, während die Deutschnationale sich bereit erklärten, die kommunistische Hochverräter einschließlich des Hölz zu amnestieren? Dies Geschäftchen ist doch damals nur gescheitert, weil die Sozialdemokraten sich der Auffassung der Mittelparteien anschlossen, daß eine so weitgehende Amnestie nicht angebracht sei. Ueberhaupt sind es doch die Mittelparteien gewesen, die stets die Auffassung vertreten haben, daß im Interesse einer geordneten Rechtspflege von der Amnestie nur ein sparsamer Gebrauch gemacht werden dürfe. Auch im neuen Reichstag haben die Deutschnationalen mit als erste den Ruf nach Amnestie ertönen lassen und auch der Vorlage zugestimmt, auf Grund deren u. a. auch Hölz jetzt freigelassen worden ist. Worüber beklagen sie sich also?

Parteifreunde!

Im Spätherbst finden die Wahlen zum Provinziallandtag, zu den Kreistagen u. Gemeindevertretungen statt.

Rüstet zu diesen kommunalen Wahlen, baut die Organisationen aus und beschafft die notwendigen Mittel!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280804-13/fragment/page=0002

Brechts Vorschläge zur Reichsreform

Die Denkschrift des preußischen Ausschußmitgliedes — Die Reform politisch und technisch durchführbar — Dreifache Abstufung des Verhältnisses zum Reich

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, hat as preußische Mitglied des Reichsreformausschusses Dr. Brecht, in der von ihm als „geschäftstechnische Beratungsnterlage" vorgelegten noch unveröffentlichten Denkschrift m Schluß sachliche Vorschläge in zehn Aufsätzen zusammenefaßt. Auf den Inhalt dieser Leitsätze gestattet ein in der eitschrift „Die Justiz" erschienener Aufsatz Brechts „Mögches und Unmögliches" bestimmte Rückschlüsse.

Als das wichtigste Ereignis der Konferenz vom Januar 928 bezeichnet es Brecht, daß Bayerns Ministerpräsident nerkannt habe, daß das Verhältnis zwischen Reich und reußen nicht so bleiben kann, wie es jetzt ist. Ebenso urde gegen Verschmelzung kleinerer Länder mit größeren n keiner Seite grundsätzlicher Widerspruch erhoben. In iesen Tatsachen liegen hinreichende Grundlagen für positive Arbeit. Aber man muß sich stets bewußt sein, daß sich iese Arbeit auf Zweidrittelmehrheiten stützen soll und daß ie zustimmenden Landesregierungen das Vertrauen ihres andtages hinter sich haben müssen.

Daraus folgert Brecht die Notwendigkeit größter Ökonomie, „um nicht durch Verbindung von Fragen, die trennar sind, jeden Schritt doppelt zu gefährden."

Man muß bei dem grundlegenden Gesetz daher u. a. ie allgemeine territoriale Neugliederung und die Typisierung des Aufbaus der Länner (Landespräsident usw.) urückstellen. Später seien hier Fortschritte leichter zu erielen. Brecht vermeidet es, Preußen zum „Reichsland" nd seine Provinzen zu Provinzen eines Reichslandes zu beradieren und dadurch äußerliche Gegensätze zu schaffen, elche spätere Angleichungen erschweren. Er spricht vielmehr on den bisherigen Preußischen Provinzen im Falle einer erbindung der Reichs- und Staatsregierung als den fünfzigen „Preußischen Ländern". Für ihre Rechte muß aber er bisherige provinzielle Zustand den Ausgangspunkt einer angsamen Entwicklung bilden.

Brecht unterscheidet so zwischen preußischen (und den ch ihnen anschließenden) Ländern einerseits, außerpreußischen Ländern, wie Sachsen, andererseits, und drittens ddeutschen Ländern, wie Bayern, wobei es jedem größeren ande überlassen sein soll, welcher Gruppe es sich zurechnen ill. Nach außen treten die Unterschiede kaum in die Erscheinung. Das Mindestmaß der Rechte des Reichs soll bei lien drei Gruppen grundsätzlich durch die Weimarer Verassung umschrieben sein.

Für die beiden ersten Gruppen wird das Verhältnis um Reich beweglich gestaltet, so daß es sich bei den bisherigen Provinzen, wo Reichs- und Staatsbehörden verschmolzen werden, in der Richtung auf eine Verstärkung der Selbstverwaltung, bei den Ländern der zweiten Gruppe n der Richtung auf eine stärkere Verschmelzung der Reichs- nd Staatsbehörden fortentwickeln kann, ohne daß hierüber n einzelnen schon jetzt entschieden zu werden braucht. Diese eberleitung sei verhältnismäßig einfach und mache nicht iele gleichzeitige unabsehbare Entschlüsse notwendig.

Eine besondere Rolle soll für die Weiterentwicklung ei der zweiten Gruppe die Einführung der Auftragsverwaltung spielen, bei der die Landesverwaltung Reichsgeschäfte besorgt, dafür aber nicht dem Landtag, sondern er Reichsregierung und durch sie dem Reichstag verantwortlich ist. Dadurch soll das Bestreben nach Schaffung neuer Reichsbehörden abgestoppt und die Möglichkeit zu Verschmelzungen geschaffen werden.

„Die Funktion des Preußischen Landtags, einheitliche Gesetze für alle preußischen Provinzen zu erlassen, muß unbedingt erhalten bleiben, wenn man nicht den Krebsgang gehen und die einheitliche Gesetzgebung durch zwölfache Gesetzgebung ersetzen will."

Im ganzen spricht sich der Aufsatz über die Möglichkeit entscheidender Fortschritte, wenn man den politischen Realitäten Rechnung trägt, durchaus optimistisch aus.

Ministerialdirektor Brecht hat auf Anfrage erklärt, daß seine Vorschläge nur der technischen Erleichterung der Beratungen dienen sollten, realisierbare Vorschläge könnten nach seiner Ansicht nur aus Gemeinschaftsarbeit hervorgehen.

* * *

Uebersichtliche Gestaltung von Reichs- und Landesrecht

In der letzten Nummer der „Hilfe" behandelt Ministerialdirektor C. Falck diejenigen Maßnahmen, durch die die gegenwärtig noch nicht mögliche Verwirklichung des Einheitsstaates vorbereitet und gleichzeitig eine Verbesserung und Verbilligung unserer Verwaltung herbeigeführt werden kann. Neben der Flurbereinigung der deutschen Landkarte, dem Anschluß kleinerer Länder an größere und der Gleichheit der Reichs- und Landesbezirke bespricht er die übersichtliche Gestaltung von Reichs- und Landesrecht.

Es ist unbedingt erforderlich, die preußische Staatsverwaltung im stärkeren Maße dafür vorzubereiten, daß sie alsbald in die unmittelbare Verwaltung des Reiches übergeht. Deshalb erscheint mir eine grundlegende Umgestaltung des in Preußen geltenden Rechtes notwendig. Der Reichsminister des Innern, Dr. Külz, hat am 14. Oktober 1926 dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Sammlung des Reichsrechts vorgelegt, in dem vorgesehen wird, daß die rund sechzig Bände des Reichsgesetzblattes und des Bundesgesetzblattes des Norddeutschen Bundes in einer übersichtlichen Zusammenfassung neu herausgegeben werden. Denn von den rund 11 500 Veröffentlichungen des Reichsgesetzblattes haben zur Zeit der Einordnung des Gesetzentwurfes nur noch 2500 in Geltung gestanden. Wenn diese organisch zusammengefaßt würden, so würden wir auf eine Zahl von rund vier- bis fünfhundert Reichsgesetzen kommen. Diese können in einer übersichtlichen handlichen Sammlung von vier bis fünf Bänden zusammengefaßt werden, die ein brauchbares Handwerkszeug für den Beamten bilden, andererseits auch der Bevölkerung die Feststellung des im Reiche geltenden Rechts ermöglichen kann. Der jetzt aufgelöste Reichstag hat wegen des Widerstandes der Rechten diesen Gesetzentwurf leider bisher nicht verabschiedet. Mit Recht haben daher der Abgeordnete Dr. Külz und die übrigen Mitglieder der demokratischen Fraktion am 2. Juli 1928 den alten Gesetzentwurf als Antrag im Reichstag neu eingebracht. In Preußen muß — auch hierauf habe ich schon auf dem Preußentag der Demokratischen Partei im Oktober 1927 hingewiesen — eine ähnliche Sammlung vorgenommen werden, die umso notwendiger ist, als wir in Preußen nicht mit einer einheitlichen Gesetzsammlung zu tun haben, sondern mit fünfundsechzig verschiedenen Gesetzsammlungen — nicht Bänden! Das beruht darauf, daß der Bau des heute bestehenden preußischen Staates, wenn ich von der Erwerbung Wilhelmshavens, Helgolands und Pyrmonts sowie von den schmerzlichen Verlusten des Versailler Vertrages absehe, im Jahre 1866 zum Abschluß gekommen ist, daß wir aber seit jenen Tagen, also seit über zwei Menschenaltern, nicht mehr zu einer Neufassung des preußischen Rechts gekommen sind. Wir müssen heute für zahllose Rechtsgebiete, z. B. für Fragen des Landwirtschaftsrechts, vielfach noch Gesetzsammlungen des Königsreichs Hannover, des Königsreichs Westfalen und anderer Rechtsvorgänger des preußischen Staates nachschlagen. Wir können und dürfen es mit allem Nachdruck betonen, daß wir diese 65 Gesetzsammlungen, die zur Feststellung des heutigen Rechtszustandes in Preußen in allen seinen Gebieten erforderlich sind, wohl nur in einem einzigen Hause in Preußen zusammen haben, nämlich in der Bibliothek des Preußischen Landtags — ein Zustand, der eines modernen Rechtsstaates unwürdig ist.

*

Eine konservative Stimme für den Einheitsstaat

Wie stark der Gedanke des Einheitsstaates sich auch in rechtsstehenden Kreisen bereits durchgesetzt hat, zeigt ein Vortrag, den der bekannte Tübinger Historiker Professor Dr. Haller jüngst in Tübingen auf Einladung des „Nationalen Studentenklubs" gehalten hat. Haller hatte sich bekanntlich bereits anläßlich des Vortrages des preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff in Tübingen für den Einheitsstaat ausgesprochen. In seinem neuen Vortrage wandte er sich zunächst lebhaft gegen die Haltung Bayerns, das wohl von Bismarck spreche, aber in Wirklichkeit etwas ganz anderes wolle. In die Tat umgesetzt würden uns die bayerischen Vorschläge um hundert Jahre rückwärts in die Zeiten vor dem Zollverein bringen. Das föderative Prinzip sei ein großes Hindernis im kaiserlichen Reich gewesen, und Bismarck habe einen schweren Kampf dagegen führen müssen. Haller verwies besonders auf die ewige Finanznot des alten Reiches und auf die Rücksichtnahme der kaiserlichen Regierung auf die den regierenden Häusern entnommenen Heerführer, die uns im Kriege schwer geschadet habe. Hätten wir den Einheitsstaat gehabt, wäre vielleicht der Weltkrieg anders ausgegangen. Wenn es auch fraglich sei, ob der Einheitsstaat von der Zentralverwaltung aus die innere Organisation in der Verwaltung ebenso leiten könne, wie die territorialen Staaten, so müßten wir trotzdem hindurch zum Einheitsstaat, denn eine Rückkehr zum Bundesstaat läßt die Finanz- und Verkehrseinheit nicht zu. Allerdings werde das Tempo auf dem Wege zum Einheitsstaat nicht so rasch genommen werden können, wie manche glauben.

*

Der Einheitsstaatsgedanke im Bayerischen Wald

Die Verdrossenheit mit dem bayerischen Partikularismus, wie er von Herrn Held und Genossen vertreten wird, kommt drastisch in einem Artikel zum Ausdruck, den die „Chamer Heimatzeitung" ein Organ, das die Interessen des Bauern- und Mittelstandes in den Kreisen Oberpfalz und Niederbayern vertritt, zum Ausdruck. Das Blatt fragt, ob die neue bayerische Regierung den Bauern überhaupt nützen kann und antwortet darauf:

„Die Unternehmer stehen der ganzen bayerischen Regierungsbildung vollkommen gleichgültig gegenüber. Wenn sämtliche Minister in Bayern verschwinden würden, und nur ein Landtag mit einem Präsidenten geschaffen worden wäre, dann hätten Hunderttausende eingespart werden können. Wenn die kommende Regierung wieder für den Mittelstand nichts tut, dann ist es am besten, daß die bayerische Regierung vollkommen verschwindet."

Wenn auch die Methoden in dieser Weise eigenartig wiedergegeben worden sind, so sind die Ausführungen doch Zeugnis dafür, daß man im Bayerischen Wald anders denkt als der bürokratische Partikularismus in München.

*

Ein prügelnder Gutsbesitzer.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Breslau: Ein bei dem Gutsbesitzer Dierschke in Groß-Tinz im Kreise Nimptsch beschäftigter Ackerkutscher hatte sich über die schlechte Kost beschwert und schließlich ersucht, sein Dienstverhältnis sofort zu beenden. Der Gutsbesitzer war einverstanden, und der Arbeiter wollte sich seine Papiere abholen. Als er auf dem Gutshofe erschien, wurde er von seinem Dienstherrn am Arm gepackt und ins Haus gezogen, und hinter verschlossenen Türen dann von dem Gutsbesitzer und seinen beiden Söhnen so lange mit Faustschlägen traktiert, bis er blutüberströmt zusammenbrach und ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Die Sendung des Alters

Von Prof. Dr. Willy Hellpach.

Heute wird viel von der Jugend gesprochen. Lassen ie deshalb auch einmal einen, der ein gutes Verhältnis ur neuen Jugend hat, von der Sendung des Alters sprechen. Professor Dr. Willy Hellpach hat zwölf früher geschriebene Abhandlungen aus Lehre und Leben der Erziehung unter dem Titel „Prägung" bei Quelle u. Meyer in Leipzig erscheinen lassen. Daraus hier ein Abschnitt, der die eingeistige Art der Betrachtungsweise Hellpachs zum Ausruck bringt.

Das „Alter" hat seine Sendung im Leben. Sie heißt: Weisheit, samt der in ihr ruhenden „Entsagung und Vollendung", wie es Friedrich Gundolf so schön über den letzten Abschnitt seiner Goethebiographie geschrieben hat. Dies macht den Inhalt der Zeit aus, die bei der Frau nach dem fünfzigsten, beim Manne etwa vom fünfundsechzigsten Jahre ab sich zur Wegmarke der Achtzig hindehnt. Es ist das wundervolle Vorrecht des Menschen und das immer höher genutzte des Kulturmenschen, ein wertvolles Alter zu haben. Alte Tiere werden häßlich und garstig, mürrisch und träge, treulos und stumpf; nicht viel anders steht es bei manchen primitiven Völkern und es gab welche, die die alternden Volksgenossen töteten oder am Wege verkommen ließen. Etwas von jenem Rückgang der frischen Persönlichkeit droht ja bei jedem Menschen das Alter ihm und dem andern zu vergällen. Aber wie prachtvoll hat die Kultur diese Gefahr gebändigt! Es gehört zu den triumphalsten Siegen des Geistes über die bloße Natur: das Besitztum der Kulturmenschheit!

Dabei darf der Gehalt der Weisheit nicht rein intellektuell gedeutet werden. Einmal ist Weisheit mehr und anderes als Wissen; sie schließt Wissen ein, aber nur noch geläutertes, durch alle Siebe der Erfahrung und Entsagung geschüttteltes, Weizen ohne Spreu; jedoch sie erschöpft sich nicht in diesem geläuterten Wissen, sie verknüpft sich mit der Einsicht in den Sinn des Daseins, demgemäß sie nicht bloß theoretisch folgert, sondern praktisch lebt. Weisheit ist also Logos und Ethos in einem, es waren gerade schon in der antiken Welt die Philosophen der sittlichen Lebensergründung, die um ein Ideal des Weisen kreisten, die Denksysteme der Stoa und Epikurs. Indem sie für das eigene Ich geläuterte Entsagung bedeutet, furchtlose Heiterkeit in der Todesnähe, Lebenserfülltheit und darum Freiheit vom Begehren und Verlangen wies sie den andern gegenüber zur Güte — und zwar zur Altersgüte. Denn es gibt Güte zu allen Lebenszeiten, ob sie da ist, wie groß und echt sie ist, ob sie mangelt, hängt an Veranlagungen, die angeboren, hängt an Umwelteinflüssen, die der angeborenen Anlage günstig oder feindlich sind, man weiß, daß ursprüngliche Güte durch erlittene Härte, durch Freud- und Lieblosigkeit erstickt werden, daß anfängliche bloße Gutmütigkeit, bei Kindern ja so verbreitet, als solcher verstanden oder durch wirksames Vorbild von Erziehern zur Güte emporentwickelt werden kann. Auch die greise Güte nun mag nicht immer ohne biologische Wurzeln sein, namentlich bei der Frau, die das Klimakterium durchschritten hat, wird sie als etwas Natürliches betrachtet, sie versinnbildlicht sich hier etwas sentimentalisch in der Gestalt des Großmütterchens, sie erscheint als eine Art Korrelat der geschlechtlichen Wunschlosigkeit — die ja eben beim Manne niemals mit solcher Zuverlässigkeit sich einstellt. Daß hier ein Verbindungsfaden zur Sexualität läuft, offenbart uns das Gefühl des Fatalen, das uns im Anblick des geschlechtsbegehrlichen Greises überkommt: wir wünschen seine Zärtlichkeit zur Jugend frei von dieser Beimischung, wir fordern von seinem Lebensalter Güte, nicht Wünsche. Es trübt uns des 74jährigen Goethes Liebe zur 19jährigen Ulrike von Levetzow, daß er sie durch Heirat, durch Vergattung können wollte; wie eine Wolkenwand am Abendhimmel, die uns eine Weile den Sonnenuntergang verdüstert, lagert diese Irrung über dem Greisenalter Goethes, das so herrlich mit der gütigen Entsagung gegenüber Marianne von Willemer bei dem 66jährigen begonnen hatte. So wird greise Güte uns mehr als eine Eigenschaft des hohen Alters, sie wird uns wie eine sittliche Forderung an dieses; sie ist ihm im Keime vielleicht mitgegeben, gewiß beim Weibe ungewiß beim Manne, aber in der Entfaltung und Vollendung ist sie ihm aufgegeben. Sie ist die Transposition seiner Weisheit ins moralische Melos. Der greise Mensch soll gütig sein, weil er weise ist: nirgends besitzt die These des Sokrates, daß die Tugend ein Wissen sei, soviel Recht, wie angesichts dieses Lebensalters.

Doch über alle geistige und sittliche Vollendung hinweg ist freilich das biologische Schicksal des Menschen sein Los als Kreatur unzertrennbar und unaufhaltsam. Weil wir leben, müssen wir sterben, mindestens weil wir das Leben geschlechtlich fortpflanzen, sind wir persönlich dem Tode verfallen: das ist ja die wissenschaftliche Erkenntnis der Biologie, in der die uralte Erzählung von der Todesverhängung nach dem geschlechtlichen Sündenfall sich überraschend widerspiegelt. Wo die Lebewesen sich ungeschlechtlich vermehren, sich teilen oder sprossen, kann man wahrscheinlich vom Tod des Individuums nicht reden oder doch in keinem andern Sinne als in demselben, wie wir einen Jünglingsleib gestorben nennen mögen, weil es sich in einen Mannesleib gewandelt hat und keine einzige seiner Zellen, rein chemisch betrachtet, mehr die Zelle von vor zehn Jahren ist. In diesem Sinne ist alle Entwicklung ein fortwährendes Stirb und Werde.

Von der Wiege bis zum Grabe verläßt den Menschen nicht seine zwie, dreifache und zwiespältige Natur als Körper und Geist. In dieser tragischen Spannung liegt alles eigentlich Menschliche und Menschheitliche beschlossen. Weder nach der einen noch nach der entgegengesetzten Seite vermögen wir ihr zu entrinnen. Sie setzt sich wider unsern Willen stets aufs neue durch. Gewahren wir das nicht heute vor unsern Augen, angesichts einer Generation, die das Leben an sich vergöttert, um den Elan vital kreist, Lebensphilosophie predigt, und in skurillem Widerspruch dazu die Grenzen der Lebensalter so zu verwischen trachtet, wie seit langem keine?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280804-13/fragment/page=0003

Politische Notizen

Die Personal-Bedarfsbemessung bei der Reichspost

Erleichterungen für die Postbeamtinnen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, hat das Reichspostministerium auf Grund von Vorstellungen einer Vertretung der Postbeamten die Notwendigkeit einer Nachprüfung der Leistungsfeststellungen zugegeben, wenn die Leistungsfeststellungen Grundlage für die Personalbedarfsbemessung sind. Der Hauptbeamtenausschuß der Reichspost hatte bereits früher auf Veranlassung der weiblichen Post- und Telegraphenbeamten beim Verwaltungsrat einen Antrag gestellt, nach dem die Uebertragung neuerer gemilderter Richtlinien für eine Personalbedarfsbemessung auch auf den Fernsprechvermittlungsdienst und auf den Fernsprechgebührenberechnungsdienst gewünscht wurde. Dieser Antrag war vom Reichspostministerium abgelehnt worden, doch wurde jetzt zugestanden, daß die Leistungsfeststellungen nicht mehr starrer Maßstab sein sollten, sondern daß die örtlichen Betriebsbedürfnisse in Rechnung gestellt werden sollen. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen werden mit der Tatsache begründet, daß der Fernsprechverkehr beträchtlich gestiegen ist, das Personal dieser Steigerung aber bisher nicht angepaßt sei. Der Fernverkehr kann ferner erfahrungsgemäß nicht als mechanischer Massenverkehr angesehen werden und schon um Gebührenverluste zu verhindern, müssen auch hier labilere Bestimmungen über die Leistungsbemessung Platz greifen.

*

Krise im Landbund

Im Landbund gärt es wieder einmal heftig. Um die Massenflucht der Bauern aus der Deutschnationalen Partei politisch unwirksam zu machen, hatte man bekanntlich vor den Reichstagswahlen einen Teil der Landbundführer abkommandiert, die unter der Firma Christlich-nationale Bauernpartei eine besondere politische Organisation der Landbevölkerung schaffen sollten. Das Manöver ist insofern gelungen, als die neue Partei tatsächlich einen größeren Teil der von den Deutschnationalen abgewanderten Bauernstimmen auf sich vereinigen konnte. Aber die Führer der neuen Bauernpartei scheinen doch nicht gewillt zu sein, die ihnen zugedachte Rolle als eine bloße Hilfstruppe der Deutschnationalen Partei zu spielen. Die Selbständigkeitsgelüste der Christlich-nationalen Bauern hat den deutschnationalen Landbundelementen um so mehr Kopfschmerzen verursacht, als der Führer der Bauernpartei, Abgeordneter Hepp, bekanntlich gleichberechtigt mit dem deutschnationalen Grafen Kalckreuth das Präsidium des Landbundes inne hat. Die Deutschnationalen versuchen deshalb jetzt, den beiden bisherigen Präsidenten eine oberste Leitung in Gestalt des bisherigen Reichsernährungsministers Schiele voranzustellen. Es fragt sich nun, wie Hepp und seine Partei sich zu dieser Degradierung stellen werden.

*

Konservatismus, Liberalismus, Demokratie

Professor Mommsen vor dem Göttinger Hochschulring.

Professor Mommsen, der demokratische Forscher der Universität Göttingen, sprach dort auf einer Veranstaltung des Hochschulrings Deutscher Art, die sich in freimütiger Weise mit modernen politischen Problemen auseinandersetzte. Mommsen würdigte die historische Bedeutung des Liberalismus. Liberale und Demokraten, die im 19. Jahrhundert scharf unterschieden werden konnten, hätten ihre große Aufgabe in der Vorbereitung der Reichseinheit erfüllt. Diese liberale Bewegung war getragen von Besitz und Bildung, Intelligenz und Kapital. Ziel war nicht der dynastisch fundierte Staat, sondern der Staat auf „völkischer" Grundlage. Mit der Reichsgründung wurde dieses Hauptziel erreicht. Heute sind die Forderungen des Liberalismus Gemeingut der meisten Parteien geworden. Heute ist das technische Mittel der Politik die demokratische Form. Praktisch gibt es nichts anderes. Der entscheidende Gegensatz ist heute nicht konservativ und liberal, rechts und links, vielmehr alte und junge Menschen. Aufgabe der jungen Generation ist es, das neue Reich aufzubauen, das nicht in weiter Ferne schwebt, sondern das organisch aufzubauen ist auf der Grundlage der deutschen Republik und der Weimarer Verfassung.

*

Die Siedlungsergebnisse des Jahres 1926 in Preußen

Nur mit großer Verzögerung erfährt die Oeffentlichkeit die Resultate der staatlichen Siedlungstätigkeit. Erst vor kurzem sind die preußischen Siedlungsergebnisse des Jahres 1926 veröffentlicht worden, denen man insofern mit besonderem Interesse entgegensah, als das Reich seit Herbst 1925 die Siedlungstätigkeit durch erhöhte Subventionen gefördert hat. Im ganzen gesehen zeigt die Siedlungsstatistik des Jahres 1926 ein etwas günstigeres Bild als die des Vorjahres immerhin bleibt das Gesamtresultat hinter den Erwartungen zurück.

Der Landvorrat in der Hand der Siedlungsgesellschaften erhöhte sich bis Ende 1926 um ca. 10 Proz. auf rund 70 000 Hektar Land einschließlich 1600 Hektar Moor- und Oedlandflächen. Zu Siedlungszwecken wurden im Laufe des Berichtsjahres rund 34 500 Hektar erworben, wovon über 78 Prozent auf die östlichen Landesteile, die für die Siedlungstätigkeit in erster Linie in Betracht kommen, entfallen. Im Gegensatz zu früher ist der Landerwerb aus Staatsdomänen, Reichsbesitz und sonstigen fiskalischen Ländereien stark zurückgegangen und betrug nur 4 Proz. Zum überwiegenden Teil, zu 92 Proz., stammt das neuerworbene Siedlungsland aus dem Besitzstand der großen Güter, und zwar ist Siedlungsland hauptsächlich in Pommern, Ostpreußen und Niederschlesien angekauft worden. Im Wege der Enteignung sind nur 250 Hektar = 0,9 Proz. der Gesamtfläche erworben worden.

Von dem in der Hand der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen befindlichen Landvorrat ist ein reichliches Fünftel, 22,6 Proz., zur Neusiedlung verwandt worden, rund 3 Proz. sind im Wege der Anliegersiedlung in bäuerlichen Besitz übergegangen. Insgesamt sind im Jahre 1926 1628 neue Stellen auf einer Fläche von 22 159 Hektar begründet worden. Gegen das Vorjahr ist somit eine Steigerung von 9,5 Proz., was die Zahl der Stellen angeht, und von 53 Proz., was die besiedelte Fläche angeht, erzielt worden, ein verhältnismäßig bescheidenes Resultat in Anbetracht der Größe der aufgewandten Mittel. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in die Statistik auch Stellen in einer Größe von unter ½ und 1 Hektar (23,7 Proz.) aufgenommen sind, also Betriebe, die nicht oder kaum unter den Begriff der selbständigen Ackernahrung und des Familienbetriebs fallen. Andererseits befinden sich unter den in der Statistik verzeichneten Neusiedlungen auch eine Anzahl Restgüter, die nach ihrer Größe eigentlich unter die großen Güter im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes einzureihen wären. Durchschnittlich kommen auf eine Siedlerstelle auf altem Kulturland 13,8 Hektar, gegen 9,7 Hektar im Vorjahr.

Der Schwerpunkt der Siedlungstätigkeit lag 1926 wie in den früheren Jahren in den sieben östlichen Landesteilen mit rund 71 Proz. der Stellenzahl und 80,5 Proz. der Flächenzahl nach. Innerhalb der Provinzen stehen Ostpreußen und Pommern nach der Zahl der neubegründeten Stellen an der Spitze.

Auf den Neusiedlungen sind in dem Berichtsjahr 1629 (im Vorjahr 1487) Siedler mit 6062 (im Vorjahr 5159) Familienangehörigen angesiedelt worden. Interessieren dürfte noch, daß nahezu 80 Proz. der Siedler in der Land- oder Forstwirtschaft hauptberuflich tätig waren, während auf die Berufsgruppe Handel oder Gewerbe über 16 Proz. entfallen. Die Mehrzahl der Siedler stammt aus der Provinz, in der sich die neue Stelle befindet.

Die Anliegersiedlung weist bedauerlicherweise einen Rückgang von nahezu 20 Proz. gegen 1925 auf. Nur 6357 Hektar wurden an die Besitzer von Kleinbetrieben, und auch davon nur die knappe Hälfte zu Eigentum abgegeben. Ein völliges Manko zeigt die Landarbeitersiedlung, die 1926 gänzlich zu Stillstand kam.

Beamtenfragen

Demokratischer Beamtentag

Vom 31. August bis 2. September in Regensburg.

Das vollständige Programm des 9. Beamtentages des Reichsausschusses der Deutschen Demokratischen Beamten in Regensburg vom 31. August bis 2. September wird jetzt bekanntgegeben. Am 31. August tritt vormittags 10 Uhr der Reichsvorstand des demokratischen Beamtenausschusses zusammen und nachmittags 3 Uhr die erste Delegiertenversammlung. Abends findet ein Ausflug nach dem Naumann-Haus in Wenzenbach statt. Am 1. September sprechen in der zweiten Delegierten-Vollversammlung, zu der auch Gäste eingeladen werden, Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer über „Die Erhaltung des Berufsbeamtentums im Volksstaat" und Oberfteuerinspektor Adam Tempel-Nürnberg über „Die Zukunft der Deutschen Demokratischen Partei". Der Nachmittag ist der Aussprache gewidmet und ein Festabend beschließt den Tag. Am 2. September findet noch eine Delegiertenvollversammlung statt, nachmittags ist ein gemeinsamer Ausflug zur Walhalla. Im Anschluß an den Beamtentag wird eine Gesellschaftsreise nach Wien vorbereitet, die am 6. September offiziell abschließen soll.

*

Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik.

Die inneren und außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands und der wirtschaftliche Umformungsprozeß stellen auch an die deutschen Gemeinden neue und gesteigerte Anforderungen. Der freiheitlich-nationale Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA.) verfolgt diese Vorgänge mit besonderem Interesse und hat deshalb für den 4. deutschen Angestelltentag, der im Anschluß an den 4. Bundestag des GDA. am 16. bis 19. August in Breslau stattfindet, den ersten Vertreter der größten deutschen Gemeinde, Oberbürgermeister Dr. Gustav Böß-Berlin als Redner über das Thema: „Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik" gewonnen. Im Zusammenhange spricht das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Max Rössiger-Berlin, Mitglied des Bundesvorstandes des Gewerkschaftsbundes der Angestellten über „Sinn und Ziele des modernen Arbeitsrechts". Die große Doppeltagung wird als Bekenntnis zum Deutschtum im deutschen Osten ausklingen.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

Oeffentliche Hand und Scheuerkonzern.

Die Besorgnisse, die in Kreisen der Wirtschaft, insbesondere des Getreidehandels anläßlich des Ankaufs des Scheuer-Konzerns durch die Rentenbankkreditanstalt und die Preußenkasse entstanden sind, haben, wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, die demokratische Preußenfraktion, (Dr. Zeitlin, Falk und Genossen), veranlaßt, die Preußische Staatsregierung in einer Großen Anfrage nach den Gründen des Ankaufs und den beim Ankauf verfolgten Absichten zu interpellieren. Es wird ferner die Frage gestellt, wie der für das Unternehmen gezahlte hohe Preis sich rechtfertige.

*

Fürsorge für die Grenzmark

Ein demokratischer Urantrag im Landtag.

Die demokratischen Abgeordneten Falk, Riedel und Dr Grzimek haben im Preußischen Landtag folgenden Urantrag eingebracht:

„Aus staats- und nationalpolitisch triftigen Gründen wurde nach dem Vollzuge des Versailler Friedensvertrages die Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen gebildet. Ihre Erhaltung erscheint aus den gleichen Gründen unbedingt notwendig. Umso weniger darf verkannt werden, daß die Provinz nicht nur die räumlich kleinste, sondern auch die dünnsten bevölkerte Provinz Preußens ist, im auffallenden Gegensatz zu dem wesentlich dichter bevölkerten angrenzenden Gebiet Polens. In einigen Kreisen der Provinz besonders in ihrem nördlichen Teil machen sich daher Erfahren bemerkbar, die nicht nur staatliche Aufmerksamkeit sondern schnelle staatliche Fürsorge erheischen. Die kulturellen und insbesondere die wirtschaftliche Lage der Provinz ebenso ungünstig wie ihre Verkehrsverhältnisse. Als unmittelbare Folge davon droht eine weitere Bevölkerungsabnahme.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage binnen kürzester Frist eine eingehende Denkschrift über die Verhältnisse der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen vorzulegen und dabei insbesondere folgende Fragen ausführlich zu beantworten:

a) Was ist in dieser Provinz in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Siedlung geleistet worden? b) Mit welchem Anteil ist die Provinz an den Oststürgermitteln des Reiches und Preußens in den letzten Jahren beteiligt worden? c) Welche Beträge sind hiervon unbedingt notwendige Kultur- und Verkehrsausgaben verwandt worden? d) Welche Mittel sind flüssig gemacht worden, um Industrie, Handel und Gewerbe in dieser Provinz durch Kredite oder durch öffentliche Aufträge zu unterstützen? e) Welche Zuschüsse aus die Preußische Staatsregierung aus dem Hauszinssteuerkommen für Wohnungsbauzwecke an die Provinz geleistet? f) Welche Angaben können über die eigene Leistungsfähigkeit der Provinz und ihrer Kreise gemacht werden? g) In welchem Umfange hat sich das Reich an den Fürsorgemaßnahmen Preußens für die Provinz beteiligt?

Parteinachrichten

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff beim deutschen Großhandel.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff spricht für die Jahreshauptversammlung des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Ueberseehandels die am 21. September in München stattfinden wird, nachdem tags zuvor das Präsidium des Reichsverbandes zusammentritt, ein Referat über „Einheitsstaat und Verwaltungsreform" übernommen.

30 Jahre Velberter „Morgenzeitung".

Die „Morgenzeitung" in Velbert kann auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei (Koch-Weser, Erkelenz, Fischer) dem Verleger Kretzschmar aus diesem Anlaß folgendes Telegramm gesandt: „Den unerschrockenen Vorkämpfern der Republik und Demokratie im Kreis Mettmann zum 30jährigen Jubiläum herzliche Wünsche für weiteren Aufstieg und Erfolg."

Bezirk Halle

Halle. Zum Verfassungstag Fahnen heraus! Wir bitten alle Mitglieder und Gesinnungsfreunde am Verfassungstage in den Reichsfarben zu flaggen. Wir bitten wir um eine starke Beteiligung an der amtlichen Verfassungsfeier, zu der unser Parteifreund, Hauptmann Landeshauptmann Dr. Hübener die Festrede übernommen hat. — Am Sonnabend abend 8 Uhr beginnt im Hofjäger die Verfassungsfeier unseres Halleschen Vereins. Die Festansprache hält Herr Professor Dr. Lörcher.

D. D. P., Ortsgruppe Weißenfels. Montag, den 6. August, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Stadttheater. Wegen wichtiger Tagesordnung bitte um zahlreiches Erscheinen. Unsere Verfassungsfeier findet Sonntag, den 12. August von nachmittags 3 Uhr ab im Bahnhofsrestaurant Leißling statt. Nähere Bekanntgabe erfolgt noch. D. V.

D. D. P. Halle

Sonnabend, den 11. August, abends 8 Uhr, im Konzerthaus „Hofjäger"

Verfassungsfeier und Sommerfest!

Großes Gartenkonzert! Festansprache! Lieder und Vorführungen (Demokratische Jugend). - Tanz!

Beginn abends 8 Uhr.
Eintrittspreis einschließlich Tanz 50 Pfennig.
Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Steintor-Buchhandlung von A. Simonsohn, Große Steinstraße 54/55 und in der Partei-Geschäftsstelle, Große Brauhausstraße 30, zu haben.
Der Vorstand bittet alle Mitglieder, an dieser festlichen Veranstaltung teilzunehmen und auch um den Vertrieb der Eintrittskarten an Freunde und Bekannte bemüht zu sein.

Komfortables Zimmer

sofort gesucht.

Offerten unt. Hal. G. 435 befördert **Rudolf Mosse, Berlin-Halensee.**

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau, Poststraße 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280804-13/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. - Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich, vierteljährlich 2 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. - Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Anzeigenpreis: für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 30 Goldpfennig. - Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. - Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 31 — Halle, 4. August 1928 — 4. Jahrgang

Sabotage der Abrüstung

Das grundlegende Problem der internationalen Politik wird immer die Abrüstung bleiben, bis die Verminderung der Heere und Flotten zur Tatsache geworden ist. Die Verträge und Kriegsächtungspakte haben so lange einen Wert, als sich die Völker waffenstarrend gegenüber stehen und der Militarismus als Bedrohung des Friedens beseitigt worden ist. Deshalb haben wir auch die Lansing'schen Anregungen, so idealem Schwung sie gewesen waren, nicht überschätzen können. Ganz abgesehen von den Ausnahmen, die England in den Vertrag hineingelegt hat, wird er keine Erfolge aufzuweisen haben und immer bleiben, solange die gewaltige Entwicklung der Industrie und der Technik nicht ausschließlich den friedlichen Erwerb der Nationen nutzbar gemacht worden ist. Wer die geschichtlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte vergessen hat, weiß, daß die Tatsache der Heere und Flotten allein schon eine Quelle dauernder Beunruhigung sein muß. Die Vorfälle zwischenfälle, die fast immer auf Rechnung der bewaffneten Macht kommen, haben oft genug bis hart an die Schwelle des Krieges geführt. Daran wird sich nichts ändern, ob man noch mehr Protokolle unterzeichnet oder nicht. Die wichtigste Aufgabe bleibt daher, die Abrüstung in Angriff zu nehmen. Es handelt sich dabei nicht um eine moralische Geste oder um den guten Willen der Staatsmänner, sondern um eine bindende Verpflichtung, die sie im Versailler Vertrage eingegangen sind. Die deutsche Regierung wurde mehr als gewissenhaft überwacht, und der der interalliierten Militär-Kontrollkommission sandte Drohnoten an die Reichsregierung, wenn er durch eine Trompete aus dem Schlaf gestört wurde. Das war gutes Recht, vorausgesetzt, daß auch die Entente ihre Verpflichtungen mit der gleichen Gewissenhaftigkeit erfüllen.

Davon jedoch ist nicht die Rede. Die Ankündigung Chamberlains über ein Einvernehmen mit Paris über die Abrüstung mußte zunächst als ein Fortschritt angesehen werden, stellt sich aber als genau das Gegenteil heraus.

Das englisch-französische Einvernehmen

Mit jener Geschicklichkeit, die sich im parlamentarischen Leben Englands sehr leicht erlernen ließ, ist es doch für alle Nationen die Hohe Schule konstitutioneller Betätigung geworden, hat der britische Außenminister eine für ihn sehr glückliche Erörterung seiner Außenpolitik abgebogen. Er hat, als die Debatte sich allzu eingehend mit seinem Verhalten beim Kelloggpakt und den Vorgängen in Aegypten beschäftigte, mit einer Sensation das Steuer herumgeworfen. Zwischen Frankreich und England ist ein Abkommen getroffen worden, das eine gemeinsame Stellung zum Abrüstungsproblem bedeutet. Man hat eine Einheitsfront erreicht. Nicht sofort wurde die Frage gestellt, denn die Erklärungen Chamberlains waren recht verschwommen und boten keinen Anhalt, gegen wen sie sich richtet. Auch das französische amtliche Communiqué ist so dürftig wie irgend möglich. Man beruft sich auf die internationale Höflichkeit, um überhaupt nichts über den Inhalt zu sagen. Aus dem Matin wissen wir aber einigermaßen worum es geht. Klar und deutlich stellt sich heraus, daß man im Grunde gegen eine Front gegen die Vereinigten Staaten zur Bildung in Wirklichkeit gegen Deutschland zu Lande herbeigeführt hat.

Die Blanko-Vollmacht

Nach den Auslassungen des Pariser Blattes, die nicht dementiert worden sind und daher zutreffen dürften, hat das Foreign Office den Franzosen freie Hand in der Frage Landabrüstung gegeben. Es wird also die These Paul-Boncours in Genf unterstützt. Diese These läuft darauf hinaus, daß eine Verminderung nur für die stehenden Heere erfolgen soll, nicht aber für die Reserven. Es kommt lediglich darauf an, wie ein Land seine Menschenkräfte ausnutzen versteht, in welcher Zeit es Rekruten auszubilden weiß und welche technischen Hilfsmittel es verfügt. Zahlenmäßig nimmt das aktive Heer nur eine untergeordnete Stellung ein. Im Kriegsfalle ist es der Kern, während die Reserven die eigentliche Armee bilden. Zeigt sich schon hier die Sabotage, so wird die Absicht noch viel enthüllter, wenn man etwa an Deutschland denkt. Nähme man einmal an, es würde ein einmütiger Beschluß gefaßt, die stehenden Heere auf die uns zugebilligte Höchstzahl von 100 000 Mann herabzudrücken, wobei noch nicht einmal berücksichtigt werden soll, daß das verhältnismäßig starke Frankreich mit seinen vierzig Millionen Einwohnern weniger ist als für Deutschland mit seinen zweiundsechzig, wäre für den Ernstfall die Tatsache entscheidend, daß Frankreich und ebenso seine Bundesgenossen jeden Jahrgang in den Waffen rufen können, während bei uns keine Reserven bestehen. Wenigstens nicht für die letzten zehn Jahre. Die geringe Zahl von entlassenen Reichswehrsoldaten kommt dabei in Betracht. Sie würde mit ihren höchstens fünfzigtausend Mann gegenüber den Millionen jenseits der Westgrenze keine Rolle spielen. Und gerade das ist es, was man in Frankreich erstrebt hat. Man will das Uebergewicht für alle Zeiten waren, während man gleichzeitig dauernd von seiner Friedensliebe spricht.

Zur See

Dieses erhebliche und für die Weltlage bedenkliche Zugeständnis haben die Engländer natürlich nicht umsonst gemacht. Was sie dafür eintauschten, ist genau dasselbe für die Flotte. Man muß sich erinnern, worum auf der letzten, von Washington einberufenen Konferenz der Streit ausbrach. Die Amerikaner verlangten, daß die Gesamttonnage der einzelnen Nationen festgesetzt würde, wobei es ihnen überlassen bleiben sollte, auf welche Klassen sie diese Tonnage verteilen wollten. Die Briten bekämpften diesen Vorschlag und forderten, daß jede einzelne Klasse genau in ihrer Größe festgelegt würde. Scheinbar sind sie also die wahren Freunde der Abrüstung. In Wirklichkeit haben sie nur ihr Interesse dabei verfolgt. Sie sind als Macht, deren Gebiete sich auf die ganze Erde verteilen und die überall in der Welt Interessen zu vertreten haben, auf Schlachtschiffe und große Käufe angewiesen, deren Verdrängung schwer ins Gewicht fällt. Staaten, für die das nicht gilt, die sich vielmehr darauf beschränken müssen, nur ihre Küsten zu verteidigen, können die Groß-Schlachtschiffe entbehren und werden Unterse-Boote, Torpedos, Zerstörer und ähnliche Einheiten vorziehen. Ein modernes Groß-Kampfschiff hat ungefähr 30 000 Tonnen Wasserverdrängung, jene kleinen Fahrzeuge zwischen 300 und 1500. Käme der amerikanische Vorschlag durch, so könnte ein kleiner Staat von 90 000 Tonnen, die ihm zugestanden werden, einen ausreichenden Schutz schaffen. Es baut dann eben Unterseeboote und Torpedos, während für Albion die gleiche Zahl nur 3 Panzerkreuzer bedeutet. Frankreich, dessen Interesse eigentlich auf der Gegenseite steht, hat sich nun dem britischen Standpunkt angeschlossen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Amerikaner nachgeben werden. Vermutlich ist die Abrüstung damit überhaupt erledigt, auch wenn es in dem Pariser Communiqué heißt, man hoffe, daß die übrigen Nationen das Abkommen billigen würden. Für Deutschland wird früher oder später nichts übrig bleiben, als sich auf den Rechtsstandpunkt zurückzuziehen und auf Grund der Präambel zu Teil 5 des Versailler Vertrages die Abrüstung aller Staaten zu verlangen und nicht vor der Alternative zurückzuschrecken, bei Ablehnung den Versailler Vertrag für gebrochen zu erklären.

Lloyd Georges Kritik

In der erwähnten Aussprache des englischen Unterhauses hat Lloyd George nicht nur Kritik an dem Verhalten Chamberlains gegenüber dem Kelloggpakt und der Ueberseepolitik geübt, sondern sich auch mit der Rheinlandräumung beschäftigt. Dabei kam er zu der Feststellung, daß keinerlei Berechtigung bestehe, die Truppen weiter auf deutschem Gebiet zu belassen. Man habe in Versailles gar nicht im Ernst daran gedacht, daß sich die Besatzung über zehn Jahre erstrecken würde. Deshalb habe man ja ausdrücklich betont, daß eine Räumung eintreten müsse, wenn Deutschland den guten Willen zur Vertragserfüllung zeige. Das aber sei geschehen, wie niemand bestreiten könne. Lloyd George hat schon einmal gesagt, England und Amerika hätten nur widerwillig der französischen Forderung nach Rheinlandbesetzung nachgegeben, aber unter der Bedingung, daß Artikel 431 in loyaler und großzügiger Weise von Frankreich durchgeführt werde. Diese Feststellung ist umso wichtiger, als der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid kürzlich in der Welt am Montag behauptete, Deutschland lege den Artikel 431 falsch aus. Er habe nicht den Sinn, den wir hineinlegen. Formal sei Frankreich also im Recht. Nur müsse es aus moralischen Gründen den Rhein räumen. Ist es schon an sich nicht gerade erwünscht, wenn ein übertriebenes Rechtsgefühl dem Gegner zu Hilfe kommt und ihn auf die Moral verweist, so war es in diesem Falle umso bedenklicher, als Breitscheid nicht einmal sachlich das Richtige getroffen hat. Mit solchen Artikeln erschwert er Briand nur seine Aufgabe. Es ist für den Leiter des Quai d'Orsay leichter, vor seiner Oeffentlichkeit die Räumung zu rechtfertigen, wenn ein Vertragstext ihn dazu zwingt, als wenn er sich auf allgemeine Gesichtspunkte berufen muß.

Die pfälzischen Zwischenfälle

Die Verurteilung von drei Deutschen durch das französische Kriegsgericht in Zweibrücken zu fünf Jahren Zuchthaus war eine barbarische Strafe für den Dummenjungenstreich, den sie mit der Herabreißung der Trikolore vom Offizierskasino begangen haben. Nach kurzem wurde auch das Auslieferungsbegehren an Deutschland gerichtet. Es stützt sich auf die Artikel 3 und 4 des Rheinlandabkommens, das von uns unterzeichnet worden ist, und daher gehalten werden muß. Rechtlich war dagegen überhaupt nichts zu machen. Trotzdem setzte ein Entrüstungssturm in der deutschnationalen Presse ein. Namentlich die Blätter des Herrn Hugenberg überboten sich an Beschimpfungen einer Regierung, deren Chef Sozialdemokrat ist. Schmach und Schande waren die mildesten Ausdrücke. Kein Wort wurde darüber geäußert, daß jedes Kabinett bei uns den gleichen französischen Forderungen gegenüber gestanden und denselben Standpunkt eingenommen hat. Dabei hat die letzte Regierung mit vier deutschnationalen Ministern in vier Fällen, also für jeden einen die Auslieferung verfügt. Aber wozu dem geneigten Leser die Wahrheit sagen? Inzwischen ist es dem Reichskommissar Langwerth von Simmern und dem Botschafter von Hoesch gelungen, die Pariser Staatsmänner von der Unhaltbarkeit der Zustände zu überzeugen. Man wird auf die Auslieferung der Uebeltäter keinen Wert legen. Damit ist der Zwischenfall als solcher abgetan, das Uebel selbst aber nicht beseitigt. Es wird sich immer wieder der gleiche Vorfall abspielen, bis die Rheinlandbesatzung an sich verschwunden ist. Fast die ganze deutsche Oeffentlichkeit hat einmütig in diesem Sinne Stellung genommen. Nur die Deutschnationalen haben den Dolchstoß in den Rücken geführt. Es klingt so schön, wenn sie immer von nationaler Gesinnung reden. Was sie darunter verstehen, ist für jeden anderen unerträglich, weil es das Vaterland schädigt.

Der Kampf um Hugenberg

In der deutschnationalen Partei ist Hugenberg Sieger geblieben. Wenigstens vorläufig. Seine Macht ist erheblich. In Potsdam II wurde der Ausschluß von Lambach verfügt. Ueber die eigentlichen Beweggründe dieses Vorgehens haben wir uns bereits ausgesprochen, es handet sich nicht um die Frage Monarchie und Republik, sondern um die Sozialpolitik und die Stellung der Lohnempfänger zu den schwerindustriellen Arbeitgebern. Nur holen die Angestellten zum Gegenstoß aus. Sie stellen in Westfalen Nord den Antrag, ihren Abgeordneten Hugenberg wegen parteischädigenden Verhaltens auszuschließen. Ganz gleich wie das Ergebnis werden wird, die Krise geht weiter. Was dort geschieht, trifft auch die anderen Parteien. Von Zentrum und Deutschen Volkspartei haben wir es schon festgestellt. Jetzt hat die Beseitigung des bayerischen Sozialministeriums auch in der Bayerischen Volkspartei zu einer Kampfansage der Arbeitnehmer gegen die Parteileitung geführt. Wahrscheinlich werden wir im Herbst eine Umbildung in allen Lagern erleben. Die Politik wird heute nicht mehr nach den alten Gesichtspunkten geführt, kann es nicht mehr. Nur die Parteien [illegible] eine neue Beham[illegible]

May.

Das [illegible] Artikel 48

[illegible] terium.

[illegible] hrt, wünscht man [illegible] rbeiten für ein G[illegible] Reichsverfassun[illegible] zu unterschätzen [illegible] die Kosten zwische[illegible] en, die bei Maßna[illegible] stehen. Der Reichs[illegible] h aus den Ausna[illegible] che Sicherheit u[illegible] rdet wird. Nach [illegible] Reich und Preuß[illegible] em solchen Fall d[illegible] Kosten. Bei Verein[illegible] rn, die im Verlau[illegible] s getroffen werden [illegible] getroffen werden. [illegible] für den Fall, daß der Ausnahmezustand auf Antrag eines Landes vom Reichspräsidenten verhängt wird, oder wenn die Landesregierung Ausnahmerecht schafft, das dann vom Reichspräsidenten bestätigt wird. Das Reich hat bisher den Standpunkt vertreten, daß in diesen Fällen die Länder für die entstehenden Kosten aufzukommen hätten, während mit Sicherheit gesagt werden kann, daß die Länder in kommenden Verhandlungen dieser Auffassung des Reichs entgegentreten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280804-13/fragment/page=0005